LEITANTRAG

MIT KLAREM KURS DURCH DIE KRISE.

Wir schützen Bayern. Für eine starke Zukunft.



PARTEITAG DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION 2022

28. / 29. OKTOBER Augsburg - Messe



1 Mit klarem Kurs durch die Krise.

Wir schützen Bayern. Für eine starke Zukunft.

3

- 4 Die Welt ist im Umbruch. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine stellt einen epo-
- 5 chalen Wendepunkt in unserer Geschichte dar. Krieg ist zurück in Europa. Die Ukraine
- 6 kämpft dabei einen Kampf um ihr Überleben und unsere Werte. Sie braucht und ver-
- 7 dient unsere Unterstützung insbesondere auch durch die Lieferung von Waffen.
- 8 Auch wir in Deutschland spüren: Die Zeiten werden härter, der Preis für Frieden und
- 9 Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit wird höher. Historische Teuerungsraten für
- 10 Unternehmen und Verbraucher, Verunsicherung bei der Versorgungssicherheit mit Gas
- und Strom, Engpässe bei Material, Rohstoffen und Lieferketten sowie Arbeitskräfte-
- mangel ein noch nie dagewesener Krisen-Cocktail belastet den Standort Deutsch-
- land, jede und jeden. Durch die Rekordinflation drohen Rezession, Arbeitsplatzverluste
- und Insolvenzen. Auch die Unterbringung und Versorgung der wieder deutlich steigen-
- den Zahlen von Geflüchteten stellt uns vor Ort vor große Aufgaben.
- Angesichts dieser Herausforderungen braucht Deutschland politische Führung. Die
- 17 Ampelregierung verliert sich jedoch seit Monaten in ideologischen Grabenkämpfen,
- Selbstbespiegelung und Zuwarten. Unternehmen und Verbraucher interessieren sich
- 19 nicht für den Gründungsmythos einer Antiatomkraftpartei, sondern verlangen zurecht,
- 20 dass bestehende Probleme gelöst und die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Arbeit
- 21 und Wohlstand gesetzt werden.
- Die vergangenen Monate haben dabei eines klar gezeigt: Die Ideologien der Ampel
- scheitern an der Wirklichkeit. Deutschland braucht deshalb mehr denn je eine starke
- 24 CSU in Bayern, Deutschland und Europa. Wir haben geliefert. Wir haben Druck gemacht
- und Richtung gegeben für die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine, für den Stopp
- der vermurksten Gasumlage, für das Bekenntnis zur Gaspreisbremse, für die umfas-
- sende Nutzung der Wasserkraft und Biomasse, für den Weiterbetrieb der Kernkraft-
- werke, für die Berücksichtigung der Studenten und Rentner beim Energiegeld sowie
- 29 für eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten. Wir werden
- 30 alles dafür tun, die illegale Zuwanderung zu begrenzen. Wir werden unserer Verant-
- 31 wortung gerecht.

In Zeiten wie diesen braucht unser Land Führung. Die CSU führt mit klarem Kurs durch 32 die Krise. Mit einem Bündnis für Bayern werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft, den 33 Gewerkschaften, der Wissenschaft, den Kirchen, der Zivilgesellschaft und Verbänden 34

das Schutzversprechen des Staates erneuern.

36

37

38

44

45

48

49

51

35

1. Wir sichern Bayerns Energieversorgung.

wirtschaftsstarkes Bayern ist mit seinem hohen Energiebedarf von der Energiekrise 39 besonders betroffen. Energieeinsparungen sind das Gebot der Stunde. Wir alle sind da 40 gefordert. Richtig ist aber auch: Die realen Einsparpotentiale insbesondere in der Wirt-41 42

Energie ist die Lebensader unserer Volkswirtschaft. Ohne Energie geht nichts. Unser

schaft sind begrenzt. Nur mit Einsparungen allein ist der Angebotsschock nicht zu

meistern. Nur Abschalten und Aussteigen bedeutet die Deindustrialisierung Deutsch-43

lands. Berlin muss sich wieder auf marktwirtschaftliche Mechanismen und ordnungs-

politisches Handeln besinnen statt ideologischem Irrsinn das Wort zu reden. Fakt ist:

Je größer das Angebot, desto kleiner der Preis. 46

Unser Kurs ist deshalb: Heimatenergie nutzen, Versorgungssicherheit stärken, Pla-47

nungssicherheit geben. Die Gas- und Strompreisbremse muss so schnell wie möglich

umgesetzt werden. Wir fordern den Bund auf, eine klare und realistische Transforma-

50 tionsstrategie zu entwickeln.

Ausbau der Erneuerbaren Energien marktgerecht beschleunigen

- Deutschland ist bei der Energieversorgung einem massiven Angebotsschock ausge-52
- setzt. Damit Deutschland aus der Energiekrise kommt, müssen wir vor allem die Ab-53
- hängigkeit von ausländischen Energieimporten reduzieren. Das geht nur mit einem 54
- massiven und schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bayern erkennt seine Ver-55
- antwortung bei der Energieversorgung der Zukunft an und geht bei der Heimatenergie 56
- voran: 57

58

59

60

61

- Wir sind bereits heute führend bei Wasserkraft, Photovoltaik, Bioenergie und Geothermie. Kein Land hat so viel installierte Leistung wie Bayern. Kein Land hat in den letzten Jahren so viele Erneuerbare ans Netz gebracht wie Bayern.
- Wir bauen weiter aus: Dafür treiben wir alle Formen der Erneuerbaren Energien voran. Jedes Potential muss genutzt werden. Bis 2030 wird Bayern den Anteil

der Erneuerbaren verdreifachen. Bis 2050 werden wir 25 Prozent unseres Wärmebedarfs aus Geothermie decken. Mit der Reform der Abstandsregeln werden wir in den nächsten Jahren bis zu 1.000 neue Windräder in Bayern installieren. Aber klar ist: Wir bauen die Windkraft immer mit den Bürgern aus und nicht gegen sie.

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

- Zur Beschleunigung des Ausbaus der Stromleitungen hat die Staatsregierung bereits eine Verstärkung der Genehmigungsbehörden auf den Weg gebracht.
- Und durch die beabsichtigte Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes wird es allen Kommunen ermöglicht, Projekte zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien selbst umzusetzen. Gerade bei den Erneuerbaren Energie-Anlagen müssen Arten- und Naturschutz beachtet werden, dürfen aber nicht an erster Stelle stehen. Grundsätzlich muss gelten: Populations- vor Individuenschutz.
- Um weiter voranzukommen, muss der Bund weitere Rahmenbedingungen schaffen, um den Ausbau aller Erneuerbaren zu ermöglichen und zu beschleunigen:
 - Nach der Blaupause des LNG-Beschleunigungsgesetzes sollte die Bundesregierung diese Regeln auch auf andere Bereiche ausweiten, zum Beispiel bei Wasserkraft, Biomasse und Geothermie.
 - Für die grundlastfähige Geothermie müssen die Mittel der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze aufgestockt werden. Zudem ist der Bund gefordert, wie im Koalitionsvertrag der Ampel festgeschrieben, zügig ein Modell für eine zusätzliche Fündigkeitsversicherung zu entwickeln, um der Tiefengeothermie außerhalb der bisher gut erschlossenen Gebiete zum Durchbruch zu verhelfen.
 - Nach dem Beispiel des erfolgreichen PV-Speicherprogramms in Bayern sollte der Bund den dezentralen Ausbau von Batteriespeicherkapazitäten fördern. Der Bund muss zudem rasch ein bundesweites PV-Speicherprogramm auflegen. Unser Ziel ist ein dezentrales Speichernetz ergänzt durch gesicherte Kraftwerksleistungen. So wird das Stromnetz witterungsunabhängiger und stabiler.
 - Der Beitrag von Biokraftstoffen zur Minderung der Abhängigkeit von Mineralölimporten und zur Minderung der Treibhausgase im Verkehrssektor ist begrenzt, aber bedeutsam. Heimische Biokraftstoffe, Holzbiomasse und Biogas

tragen außerdem erheblich zur Versorgungssicherheit bei. Wir setzen auf integrierte Konzepte, die Energie, Nahrung, Biodiversität und Klima gemeinsam denken – und zwar sektorgekoppelt über Strom, Mobilität und Wärme hinweg.

Versorgungssicherheit auch durch Kernenergie sichern

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

Den Erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Die Antwort Deutschlands auf den abrupten Wegfall der Technologiebrücke Pipelineerdgas kann aber nicht darin bestehen, gleichzeitig die noch bestehende Brücke Kernenergie einzureißen. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Ampelkoalition, die Kernkraftwerke lediglich bis April 2023 laufen zu lassen, beides: ein durchsichtiger ideologischer Kompromiss zur Rettung der zerstrittenen linksliberalen Koalition, aber vor allem eine dramatische Fehlentscheidung für unser Land und den Klimaschutz. Die Gefahr von Blackouts, mögliche Abschaltungen von Unternehmen, höhere Preise und die Gefährdung des Wirtschaftsstandorts werden zugunsten linker Parteiideologie in Kauf genommen. Unsere europäischen Partner haben zu Recht kein Verständnis dafür, dass die Ampelregierung am Zeitplan des Kernenergieausstiegs aus purer Ideologie festhält und im gleichen Augenblick europäische Solidarität bei der Versorgungssicherheit einfordert. Die Ampel handelt nach dem Motto: Wir versenken unsere eigenen Rettungsboote und erwarten dann, dass uns unsere Nachbarn retten. Das ist kein Konzept für eine der größten Exportwirtschaften der Welt und die größte Volkswirtschaft Europas. Die Ampelregierung verspielt so fahrlässig das Vertrauen unserer europäischen und internationalen Partner. Weil der Angebotsschock und die damit massiv erhöhten Preise aller Voraussicht nach auch im Winter 2023/24 anhalten oder sich sogar noch verstärken werden, ist klar: Es muss alles ans Netz, was geht!

- Wir fordern die Bundesregierung auf, den gesetzlichen Rahmen für die Verlängerung der Laufzeiten aller drei am Netz verbliebenen Kernkraftwerke bis mindestens Ende 2024 sowie das in Reservehalten der drei kürzlich stillgelegten Kernkraftwerke zu schaffen. Nur so kann die Bundesregierung ihrem Amtseid gerecht werden: Schaden vom deutschen Volke abzuhalten. Die Erforschung neuer Technologien im Bereich der Kernkraft muss vorangetrieben werden.
- Zudem müssen auch alle verfügbaren Kohlekraftwerke zurück ans Netz und auch im Winter 2023/24 zur Verfügung stehen.

- Weiter muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass die süddeutschen Gaskraftwerke mit ausreichend Gas versorgt werden.
- Klar ist: Deutschland braucht ein neues Strommarktdesign mit einem Kapazitätsmarkt, der gesicherter Leistung einen Preis verleiht. Das aktuelle Strommarktdesign, das sich bei der Preisbildung an der teuersten erzeugten Kilowattstunde orientiert (Merit Order), wird durch kriegsbedingte Gaspreise verzerrt. Diese krisenbedingte Verzerrung muss dringend korrigiert werden. Es muss gelten: Merit Order erhalten und den Strompreistreiber Gas aus dem Preissystem entfernen. Zudem müssen die Energiesteuern dauerhaft gesenkt werden.

Bayern zum Wasserstoffdrehkreuz entwickeln

- Unsere Vision für ein Bayern nach der Krise ist ein Land, das die richtigen Weichen für eine hochmoderne und zukunftssichere Energieversorgung gestellt hat, die Energieversorgung und Klimaschutz vereint. Wasserstoff ist dabei ein zentraler Zukunftsbaustein. Durch seine flexiblen Einsatzmöglichkeiten ist er über Sektorengrenzen hinweg nicht nur nachhaltiger Ersatz für fossiles Erdgas und Erdöl, sondern auch für die Energiespeicherung essenziell. Dieses Potential müssen wir nutzen mit Vernunft, Technologieoffenheit und einer langfristigen Strategie.
 - Wir fordern die Bundesregierung und die Europäische Kommission dazu auf und machen auf europäischer Ebene Druck, die entsprechenden Schritte zum Aufbau einer europäischen Wasserstoffinfrastruktur wie auch zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu unternehmen und eine Wasserstoff-Importstrategie zu entwickeln.
 - Dazu gehört ein Startnetz sowie ein Konzept zur Umnutzung bestehender Transportpipelines und ein grenzüberschreitendes Wasserstoffnetz mit Bayern als Drehkreuz. Hierfür ist eine Anbindung Süddeutschlands mit Pipelines von Süden her essenziell.
 - Weiter muss die Nutzung von Häfen als Logistikstandorte für Wasserstoffinfrastruktur vorbereitet werden. Um den gemeinsamen Betrieb von Gas- und Wasserstoffnetzen zu ermöglichen, braucht es zudem die Anpassung des europäischen Rechtsrahmens wie beispielsweise der EU-Gasbinnenmarktrichtlinie und -verordnung. Wir machen uns dafür stark, dass der Wasserstoffhochlauf nicht

- durch überzogene Regulierungen, beispielsweise bei der Entflechtung, gefährdet wird.
 - Schließlich müssen parallel zum Aufbau eines europäischen Wasserstoffnetzes auch die Anstrengungen zum Aufbau einer lokalen, dezentralen Wasserstoffproduktion in ganz Deutschland verstärkt werden.
 - Wir wollen in bayerischen Landkreisen Elektrolyseure installieren, die lokal überschüssigen erneuerbaren Strom zu Wasserstoff umwandeln. Beispielgebend ist der "Wunsiedler Weg". Wir fordern die Bundesregierung daher auf, eine angemessene und deutschlandweite Förderung für Elektrolyseure zu ermöglichen und auf regionale Begrenzungen zu verzichten. Nur so können sich Inselnetze entwickeln bzw. vergrößern, aus denen sich am Ende eine flächendeckende Versorgung entwickeln kann.

Eine Europäische Energie- und Ressourcenunion schaffen

Nur mit einer europaweiten Energieinfrastruktur können wir die Sonne im Süden, den Wind an unseren Küsten und alle übrigen Energieressourcen für ganz Europa nutzen. Gleichzeitig sollten wir dort die Erneuerbaren Energien aufbauen, wo sie am produktivsten und effizientesten sind. Die Auseinandersetzung mit Russland und der Systemwettstreit mit China zeigen ebenso: Wir brauchen eine gemeinsame europäische Ressourcenstrategie, die die notwendigen Grundlagen für künftige Innovationen schafft.

Innovationen ohne Ressourcen sind undenkbar und sie werden immer mehr zum entscheidenden Element im wirtschaftlichen Wettbewerb der Systeme. So wird uns beispielsweise die Technologieführerschaft ohne seltene Erden aus Afrika, Lateinamerika und Asien nicht gelingen. Die zukünftige europäische Energieunion muss daher auch eine Ressourcenunion sein.

Kritische Infrastruktur schützen

Der Schutz unserer kritischen Infrastruktur ist elementar für unseren Wohlstand. Diese muss mit aller Konsequenz gegenüber hybriden Angriffen verteidigt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, schnellstmöglich die gesetzlichen Grundlagen für einen besseren Schutz zu schaffen. Dazu gehören umfassendere Befugnisse für unsere Sicherheitsbehörden, eine angemessene personelle Ausstattung und Ausrüstung sowie

eine Ausweitung strafbewehrten Verhaltens, das auch Vorbereitungshandlungen umfasst, etwa bei verfassungsfeindlicher Sabotage. Entscheidend ist dabei: Wir dürfen wichtige Infrastruktureinrichtungen nicht in die Hände außereuropäischer Staaten gehen lassen.

2. Wir schützen Bayerns Wirtschaft.

Die Ampel-Regierung verkennt die Dramatik der Lage und redet die Folgen der Energiekrise für Industrie, Handwerk und Mittelstand klein. Sie handelt zu spät und tut zu wenig. Deshalb geht Bayern voran, um unsere Wirtschaft vor den schlimmsten Folgen der Krise zu schützen. Bayern hilft mit bis zu 1,5 Milliarden: 500 Millionen Euro Darlehen und Bürgschaften für den Mittelstand und 500 Millionen Euro für den bayerischen Energie-Härtefallfonds. Wenn notwendig, werden wir den Härtefallfonds auf 1 Milliarde Euro weiter aufstocken. So wollen wir Insolvenzen verhindern und Vereine, Pflege- oder soziale Einrichtungen unterstützen. Dort, wo wir selbst helfen können, helfen wir. Wir schützen unsere Wirtschaft, wir schützen unsere Arbeitsplätze und wir schützen unseren Wohlstand. Wir lassen in der Not niemanden allein.

Wir machen uns dafür stark, dass Bürokratie abgebaut wird. Entlasten ist das Gebot der Stunde. Wir brauchen keine neuen Auflagen. Auf europäischer Ebene wirken wir auf ein Belastungsmoratorium hin. Die Überarbeitung der Chemikalienverordnung wurde auf unser Drängen hin verschoben, um die chemische Industrie zu entlasten.

3. Wir geben Bürgern, Unternehmen und der Wissenschaft Planungssicherheit.

Wir wollen einen Bürger-Basispreis beim Gas einführen, der die Grundversorgung mit Gas bezahlbar hält. Um gleichzeitig Energieeinsparungen weiter anzureizen, soll der Gaspreis-Deckel auf einen Grundbedarf pro Haushalt festgelegt werden, der eine ausreichende Beheizung von Wohnraum und Versorgung mit Warmwasser ermöglicht. Um die explodierenden Energiepreise zu begrenzen, muss die Bundesregierung neben der Gaspreisbremse ideologiefrei alle Energieträger in den Blick nehmen. Das heißt:

- Die europäische Strompreisbremse muss rasch entwickelt werden, notfalls 214 muss die Bundesregierung hier auch national tätig werden. Darüber hinaus 215 muss die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden.
- Es braucht wirksame Entlastungen für Öl- und Pelletheizungen. Denn auch hier haben sich die Preise vervielfacht.

- Nach dem Strohfeuer Tankrabatt braucht es eine rasch umsetzbare und kontrollierbare Preisbremse für Sprit. Gerade in den ländlichen Gebieten Bayerns ist das Auto für viele zentrales Fortbewegungsmittel. Das Bundeswirtschaftsministerium ist hier gefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Mitnahmeeffekte der Energiekonzerne ausgeschlossen werden können.
- Wir wollen, dass der Teil des Einkommens, den die Bürger aufwenden müssen, um die gestiegenen Energiekosten zu tragen, nicht auch noch vom Staat besteuert wird. Wir wollen deshalb für die Einkommen unterhalb von 30.000/60.000 Euro (alleinstehend/verheiratet) einen Energieentlastungsbetrag (Freibetrag) bei der Einkommensteuer in Höhe von 3.000 Euro sowie zusätzlich 1.000 Euro für jedes Kind für die Jahre 2022 und 2023 pro Haushalt. Für Einkommen innerhalb dieser Gruppe, die von diesem Entlastungsbetrag steuerlich nicht profitieren können, muss eine der Nettoentlastung entsprechende Direktzahlung ermöglicht werden.
- Weiter muss die Entfernungspauschale rückwirkend zum 1. Januar 2022 auf 38
 Cent ab dem ersten Kilometer angehoben und dynamisiert werden. Steigen die
 Verbraucherpreise, muss sich dies auch bei der Pendlerpauschale niederschlagen. Die Pendlerpauschale muss preisindexiert werden.
- Wir wollen eine Abwrackprämie für Energiefresser einführen. Durch den Austausch von alten energieintensiven Haushaltsgroßgeräten gegen energieeffiziente Neugeräte sind hohe Energieeinsparungen möglich. Wir wollen deshalb eine Energieeinsparprämie von 100 Euro pro Neugerät einführen, wenn durch den Austausch 30 Prozent Energieeinsparung erzielt und das Altgerät sachgerecht entsorgt wird. Die Stromeinsparungen, die sich allein durch den Austausch von 3 Millionen Haushaltsgeräten erzielen lassen, sind so wirkungsvoll wie der Bau von mehr als 100 neuen Windrädern.
- Auch die Stadtwerke brauchen Unterstützung: Sie sind durch die steigenden
 Preise in einer wirtschaftlich bedrohlichen Lage und gleichzeitig ein wichtiger

Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge. Es bedarf eines bundeseinheitlichen Rettungsschirms für die Stadtwerke, um Liquiditätsengpässe zu verhindern.

Bayern ist Wissenschaftsstandort, stark in Forschung und Lehre: Auch die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stehen durch die gestiegenen Preise vor großen Herausforderungen. Damit Forschung und Lehre stark bleiben und erfolgreich in die Zukunft gehen können, muss der Bund die Einrichtungen bei den Unterstützungsleistungen mitberücksichtigen. Der Freistaat Bayern stärkt den Wissenschaftsstandort Bayern im Rahmen der Hightech-Agenda (Plus) mit rund 3,5 Milliarden Euro – damit Bayern im Wettbewerb um die klügsten Köpfe weltweit weiter vorne mitspielen kann.

Die Ampel im Bund einigt sich schnell auf Belastungen. Bei Entlastungen für Bürger und Unternehmen fehlt oft der politische Wille. So hat die Bundesregierung in ihrem ersten Jahr bereits 300 Milliarden Euro Rekordschulden angehäuft. Weitere 200 Milliarden Euro neue Schulden präsentiert die Ampel als Maßnahme, ohne dass sie sagt, wofür genau sie das Geld verwenden will und wie die dringend notwendigen Entlastungen für Bürger und Unternehmen konkret aussehen sollen. Das ist ein Blanko-Schulden-Scheck ohne ein Entlastungskonzept. Deshalb fordern wir ein Belastungsmoratorium.

- Die Lebensmittelpreise sind ein weiterer Inflationstreiber. Deutschland sollte von der EU-Regelung Gebrauch machen und die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel senken. Dazu zählen für uns selbstverständlich auch Fleisch und Milch. Das hilft Konsumenten und Produzenten.
- Die Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie muss über das Jahr 2023 hinaus bleiben und auch auf Getränke ausgeweitet werden. Damit stärken wir unsere heimische Gastronomie und ihre Beschäftigten.
- Es muss Schluss sein mit weiteren Belastungen. Dies gilt beispielhaft für das ab 2023 gültige Lieferkettengesetz oder neue Bürokratie bei der Umsetzung der Arbeitszeiterfassung. Auch die Bürger müssen von weiteren Belastungen verschont bleiben. Eine Vermögensabgabe darf nicht kommen. Beispiele wie die Einführung von ideologischen Dieselfahrverboten, wie zuletzt in München, sind

- ein Schlag ins Gesicht für jene, die jetzt schon unter den Preissteigerungen leiden.
 - Außerdem braucht es endlich eine Reform der Unternehmenssteuer für mehr Wachstum. Die Unternehmenssteuerbelastung muss sinken. Das Unternehmenssteuerrecht muss wettbewerbsgerecht werden.

4. Wir helfen der Landwirtschaft und sichern die Ernährung.

- Versorgungssicherheit im eigenen Land ist ein hohes Gut. Das wird in dieser heraus-
- fordernden Zeit besonders deutlich. Landwirte brauchen daher Anreize statt Verbote.
- Daher setzen wir uns in Berlin und in Brüssel für die Sicherung der Ernährungssouve-
- ränität in Europa ein, ohne beim Klimaschutz oder der Biodiversität zurückzustecken.
- 288 Pauschale Flächenstilllegungen sind das falsche Signal zur falschen Zeit!
 - Bayerns Landwirte machen es in ihrer täglichen Arbeit vor: Sie können nicht nur hochwertige Lebensmittel produzieren, sie betreiben gleichzeitig Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz. Genau aus diesem Grund fordern wir eine umfassende Folgenabschätzung ein, bevor weitreichende Entscheidungen zum Green Deal in Europa getroffen werden. Europa darf seine Ernährungssouveränität nicht gefährden. Wir müssen verhindern, dass wir Standards in der EU einführen, durch die eine heimische Produktion massiv erschwert und eingeschränkt wird. Es wäre für die heimische Landwirtschaft fatal und für das Klima wirkungslos, wenn wir in der EU die Produktionsstandards laufend erhöhen, gleichzeitig aber immer mehr Lebensmittel aus Drittstaaten mit niedrigeren Klima- und Produktionsstandards in die EU importieren würden.

5. Wir sichern den sozialen Zusammenhalt.

Die soziale Lage in Bayern hat sich allen Krisen zum Trotz als stabil und krisenfest erwiesen. Bayern ist Chancenland! Das gilt für jeden und jede in Stadt und Land. Bayern hat die höchste Erwerbstätigenquote und die niedrigste Arbeitslosigkeit unter den Ländern, auch bei den Frauen. Das verstärken wir durch ein enges Zusammenwirken mit den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern und gezielte Investitionen in Fort- und Weiterbildung. Diese starke Leistung ermöglicht zugleich starke Investitionen in die Menschen, den sozialen Zusammenhalt und in die soziale Infrastruktur Bayerns. Der

bayerische Sozialhaushalt wächst deshalb seit Jahrzehnten kontinuierlich. Im Jahr 2021 hat Bayern insgesamt sieben Milliarden Euro in Soziales investiert, mit klarem Fokus auf die Förderung von Familien.

Leistung muss sich lohnen

308

309

310

311

321

- Die Soziale Marktwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten eine beispiellose Erfolgsgeschichte geschrieben. Ihr Kern ist der Grundsatz, dass sich Leistung lohnen muss. Wir in Bayern sind solidarisch mit denen, die wollen, aber nicht können, wie sie wollen. Aber wir fordern umgekehrt auch mehr von denen, die könnten, aber nur nicht wollen.
- Das Bürgergeld der Ampel bricht mit dem Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist ungerecht, weil es die Balance von Leistung und Solidarität aufkündigt. Wir fordern die Bundesregierung auf, zum Grundsatz des Forderns und Förderns zurückzukehren und das Lohnabstandsgebot zu erneuern.

Lebensentwürfe ermöglichen statt bewerten

- In Bayern gilt: Vorfahrt für Familien. Nur in Bayern gibt es das Familiengeld. Alle Eltern
- von ein- und zweijährigen Kindern erhalten 250 Euro pro Monat und Kind, ab dem 3.
- Kind sind es 300 Euro. Bei voller Bezugsdauer sind das bis zu 6.000 bzw. 7.200 Euro pro
- Kind! Seit Einführung haben fast 750.000 Kinder von dieser bundesweit einzigartigen
- Familienleistung profitiert. Insgesamt wurden mehr als 3 Milliarden Euro ausgezahlt.
- Wir setzen damit ein klares Signal: Der Staat hat Lebensläufe nicht zu bewerten, son-
- 328 dern zu ermöglichen.
- Wir stärken den Kinder- und Jugendschutz. Wir setzen auf die Beteiligung und Aktivie-
- rung der Jugend. Sie sind unsere Zukunft. Wir investieren massiv in eine hochwertige
- 331 Kinderbetreuung überall in Bayern. Kein anderes Land hat so viele Mittel in den Aus-
- bau der Kinderbetreuung investiert wie Bayern, insgesamt rund 1,9 Milliarden Euro
- seit dem Jahr 2008. Das werden wir fortsetzen und die Ganztagsbetreuung massiv aus-
- 334 bauen.
- Das soziale Netz in Bayern trägt. Den Menschen in Bayern geht es besser als anderswo.
- Und auch die Unterschiede zwischen den Landesteilen sind in den letzten Jahren im-
- mer geringer geworden. Denn wir machen seit jeher Politik für ganz Bayern, Stadt und

Land. Wir setzen uns für die Teilhabe der Älteren ein und unterstützen pflegende Angehörige mit dem Bayerischen Pflegegeld. Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen unterstützen wir so zusätzlich mit 1.000 Euro pro Jahr. Im Haushaltsjahr 2022 stehen hierfür 430 Mio. Euro zur Verfügung.

Auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft

Bayern ist Inklusionsland. Wir haben mit dem Bundesteilhabegesetz den Paradigmenwechsel angestoßen. Wir holen so Menschen mit Behinderung aus der Fürsorge der Sozialhilfe heraus und stellen die Person mit ihrem Wollen und Können in den Mittelpunkt. Mit dem Programm Bayern barrierefrei tragen wir dazu bei, Bayern im gesamten öffentlichen Raum und im gesamten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) barrierefrei zu machen.

Bündnis für Bayern

342

343

344

345

346

347

348

349

350

351

352

353

354

Die guten sozialen Bedingungen sind eine Gemeinschaftsleistung – innovative Unternehmen, fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, starke Gewerkschaften, eine selbstbewusste Wohlfahrtspflege, starke Kirchen und Verbände, Millionen Ehrenamtliche. Dieses Miteinander macht Bayern stark, erfolgreich und sozial, lebenswert und liebenswert. Dieses Miteinander wollen und werden wir stärken.